Bulletin des X. Parteitages der KPD.

Nummer 11 | Redaktion: Berlin SW 68, Friedrichstr. 225 III. | Berlin, den 23. Juli 1925 | Herausgeber: Zentrale der KPD.

Die Politik der KPD.

6. Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Fortsetzung der Diskussion.

Pieck, Zentrale:

Genossen, der Hauptvorwurf, den die Opposition gegen die von der Partei angewandte, aus der Situation heraus notwendige Politik erhebt, ist gegen die Politik gerichtet, die in Gestalt der Regierungsfrage angewandt worden ist. Wir hätten am ehesten den Vorwurf erwartet, daß wir zu spät mit dieser Politik begonnen haben. Denn die Situation dazu war seit langem, ein derartiges Manöver anzuwenden, das wir erst jetzt am Ende angewandt haben. Aber wir haben nicht diesen Vorwurf erwartet, der jetzt von der Opposition erhoben worden ist, daß wir damit Koalitionspolitik treiben und in der Tat zur Duldung einer bürgerlichen Regierung übergehen wollten. Dieser Vorwurf ist nur möglich, weil die Genossen, die ihn erheben, von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen.

Diese Politik in der Preußenkrise ist zum Teil aus Unkenntnis, wie es draußen bei vielen Genossen der Fall ist, zum Teil aber auch aus Demagogie die Absicht unterstellt worden, wir wollten mit dem Volksblock eine Koalition eingehen oder die Weimarer Koalitionsregierung unterstützen, dulden usw. Vordem wurde uns von der Sozialdemokratie der Vorwurf gemacht, wir hätten mit den Deutschnationalen ein Bündnis geschlossen, weil wir gegen die Koalitionsregierung gelegentlich gleichartig abstimmten.

Nun Genossen, weder das Eine noch das Andere ist der Fall. Daß solche Unterstellungen möglich sind, und vor allen Dingen, was das Bedauerliche ist — Glauben finden konnten, dürfte allerdings, daß wir nicht ausreichend genug in den Reden dargelegt haben, woher die Preußenkrise, wie die Regierungskrisen überhaupt, kommen und worauf es bei Lösung dieser Regierungskrisen ankommt, daß wir — das ist das Wesentliche — nicht genügend die Arbeitermassen für diese Frage und ihre Lösung mobilisiert haben, ferner, daß wir vor allen Dingen nicht vermocht haben, den SPD.-Schwindel zu entlarven, daß die SPD. dagegen die monarchistische Gefahr, gegen die Reaktion der Junker und Schwerindustriellen kämpft und daß wir nicht durch eine entsprechende Taktik in Preußen es vermocht haben, uns vom Rechtsblock so abzugrenzen, daß ein solcher Schwindel der SPD. von einer Koalitionspolitik mit den Deutschnationalen unmöglich wurde.

Wir haben zwar in unseren Mißtrauensanträgen und Reden gegen die Braun-Severing-Regierung sehr deutlich gesagt: warum wir sie stürzen wollten. Aber das blieb nur auf dem Papier, bei der Abstimmung stimmten wir mit den Deutschnationalen zusammen, und das trat als äußerlicher Vorgang bei den Massen in Erscheinung und ermöglichte es der SPD., diesen Schwindel von der Verabredung mit den Deutschnationalen zu treiben. Unser Verhalten hätte den Anschein, daß wir mit unseren Formulierungen, Anträgen und Reden eben nur unsere Meinung über die Regierung Braun-Severing aussprachen. Wir hätten gleich im Januar die Sozialdemokratie stärker vor die Frage stellen müssen, die wir am Ende in unserer Erklärung vom 29. April an sie stellten, und zwar die Frage, ob sie einen Kampf um konkrete, im Bewußtsein der Massen lebendige Arbeiterforderungen führen wolle oder nicht, und diese Frage in Verbindung mit der Regierungskrise in Preußen bringen müssen.

Das ist der Mangel unserer Taktik in Preußen. Ein innerparteilicher Fehler ist, daß wir die Partei nicht rechtzeitig auf die Notwendigkeit einer solchen Politik vorbereitet haben und so auch die Auffassung verhinderten, daß wir eine Schwenkung zur Koalitionspolitik mit dem Weimarer Block machen wollten.

Zu unserer angeblichen Koalition mit den Deutschnationalen, den angeblichen Verabredungen, mit denen die Bonzen der SPD. die Masse anschwindelten, noch ein Wort. Wir haben selbstverständlich niemals irgendwelche Verabredungen mit den Deutschnationalen getroffen. Wenn sich einzelne deutschnationale Abgeordnete an uns mit dem Ersuchen wandten, wir sollten unsere Genossen zur Abstimmung zur Seite haben, so ist eine solche Aufforderung ganz überflüssig: denn dann es sich um Abstimmungen um unsere Anträge handelt, brauchen wir nicht erst die Aufforderung der Deutschnationalen, um unsere Genossen heranzuholen. Wenn sich bei unserer Kampfstellung gegen die arbeiterfeindliche Politik der Braun-Severing-Regierung bei den Abstimmungen eine gleichartige Stimmenabgabe mit den Deutschnationalen ergab, so ist das wiederum keine Verabredung, sondern eine zwar aus dem gleichen Ziel, aber aus verschiedenen Motiven betrübende Handlung. Leider haben unsere Genossen in den Betrieben nicht genügend verstanden, diesen Schwindel der SPD. von der Verabredung mit den Deutschnationalen zu entkräften, sodaß die SPD. bei der Präsidentenwahl mit diesem Schwindel einen Erfolg erringen konnte.

Wie unsere Erklärung zur Regierungskrise vom 29. April dieses Jahres hielt, kann andererseits unmöglich zu der Auffassung kommen, wir wollten eine Regierung des Volksblocks unterstützen oder dulden. Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich die ganze Erklärung verlesen. Aber sie ist ja durch die Presse bekannt geworden. In der Erklärung wird inhaltlich eine scharfe Kampfstellung gegen die Braun-Severing-Regierung bezogen. Es werden bestimmte Forderungen aufgestellt, nicht nur der Kampf gegen die monarchistische Gefahr, sondern vor allem konkrete Arbeiterforderungen, so die Vollamnestie, die Sicherung des Achtstundentages resp. Siebenstundentages, Beseitigung der Hauszinssteuer, die Aufhebung der Kasernierung und Militarisierung der Schupo, das allgemeine Verbot der technischen Nothilfe, die Säuberung der Beamtenschaft von allen monarchistischen Elementen, die Beschlagnahme aller in Preußen vorhandenen dynastischen Vermögen und Ausweisung der Angehörigen deutscher Fürstenhäuser. Und dann sagt die Erklärung:

„Die Kommunistische Partei ist entschlossen, mit allen Mitteln den proletarischen Klassenkampf gegen monarchistische Gefahr und weitere Verelendung zu fördern. Aus diesem Grunde würde die kommunistische Landtagsfraktion bereit sein, unter voller Wahrung ihrer grundsätzlichen Stellung zum bürgerlichen Staat und unter Aufrechterhaltung aller proletarischen Klassenforderungen, einer Regierung, die sich verpflichtet, die oben angeführten Minimalforderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen, die Existenz zu ermöglichen und bei der Durchführung dieser Forderungen zu unterstützen.

Die preußische Landtagsfraktion verlangt von der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien der Weimarer Koalition eine klare unzweideutige Stellungnahme zu diesen Forderungen.

Schweigt das Staatsministerium oder weicht es einer klaren unzweideutigen Stellungnahme aus, dann sieht die kommunistische Landtagsfraktion darin die Bestätigung, daß die bisher betriebene arbeiterfeindliche Politik in der Aera Hindenburg in verschärfter Form auch in Preußen fortgesetzt werden soll. Sie wird mit allen Mitteln und mit aller Kraft im Parlament wie außerhalb des Parlaments gegen eine solche Regierung, wie gegen jede Regierung von Klassenfeinden des Proletariats kämpfen und die Auflösung des Landtages erzwingen."

Ich glaube, daß die Erklärung keinen Zweifel über die Absicht der Fraktion und der hinter ihr stehenden Zentrale läßt und daß es deshalb unmöglich sein müßte, in die Erklärung den Sinn hineinzulegen, der von der Opposition hineingelegt worden ist.

Wie kam es zu dieser Erklärung? Natürlich darf die Preußenkrise nicht isoliert von der Gesamtsituation betrachtet werden, sie hängt sogar sehr eng mit ihr zusammen. Aber in Preußen spitzte sich die Krise auf die Frage der Auflösung und Neuwahl des Landtages zu, bei der die SPD. ihre Schwindelparole: Kampf des Volksblockes und der Demokratie gegen den Rechtsblock und die monarchistische Gefahr glaubte mit Erfolg anwenden zu können.

Sollten wir nun die SPD. in diesem Schwindel unterstützen? Nein, wir müssen auch in dieser Frage die SPD. zwingen, offen den Arbeitern zu zeigen, daß es nicht die KPD., sondern die SPD. ist, die den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft um solche Forderungen hindert, die die KPD. aufstellte. Das haben wir zwar schon oft getan, aber hier stand eine konkrete Frage in der Preußenkrise vor der Arbeiterschaft. Sollten wir weiter gegen die Regierung stimmen und dadurch die Auflösung des Landtages herbeiführen, ohne vorher die SPD. zu einer klaren Beantwortung der gestellten Fragen gezwungen zu haben? Es handelt sich dabei nicht etwa um einen möglichen Stimmenverlust, sondern um die Loslösung der Arbeiterschaft von der SPD. und die Gewinnung des Vertrauens breiter Arbeiterschichten für die KPD. Und deshalb war das Angebot nicht eine bedingungslose Zusage der Duldung der Regierung.

Die aufgestellten Forderungen waren Minimalforderungen, die jeder Arbeiter verstand und die durchführbar waren auch auf Grund der von der SPD. betriebenen Propaganda. Es wurde also die SPD. vor die Frage gestellt, ob sie sich selbst Lügen strafen wollte.

Nun, Genossen, hat sie ein Kommunist geglaubt, die SPD. würde auf unser Angebot eingehen und daß wir dadurch genötigt wären, die Regierung sogar, wie Scholem sagt, monatelang zu unterstützen und ihr gar den Etat zu bewilligen? Sollte es solche Kommunisten geben, so müßten diese von der SPD. annehmen, daß sie zu kämpfen gewillt und fähig sei, daß sie eine Kampfgemeinschaft mit der KPD. einer Kampfgemeinschaft mit dem Volksblock vorziehe. Diese selben Genossen, die diese Kritik an unserem Vorgehen üben, machen Brandler den Vorwurf, daß er der SPD. unterstellt habe, daß sie gewillt und fähig sei, für die Interessen der Arbeiter den Kampf aufzunehmen. Aber die Genossen machen jetzt denselben Fehler, indem sie dem Angebot unterstellen, wir würden daraufhin zur Duldung einer Regierung kommen. Wir haben das von der SPD. nicht angenommen, sondern wußten, daß sie, selbst wenn sie es aus demagogischen Gründen zum Schein wollte, nicht darauf eingehen würde.

Die SPD. ist eben eine bürgerliche Partei geworden und dem Kampf der Arbeiter abgeneigt. Aber die Arbeiter wissen das noch nicht alle, das muß ihnen eben noch immer wieder bewiesen werden, und das heißt die Massen von der SPD. lösen und die Einheitsfront des Proletariats vorbereiten. Und darum unser Angebot, das durchaus ernst gemeint war, dem aber nicht die Illusion zugrunde lag, die SPD. wäre fähig, darauf einzugehen. Wenn auch der SPD.-Abgeordnete Heilmann zustimmende Aeußerungen gemacht hat, so nur deshalb, weil die SPD. fühlte, daß sie hier an ihrer verwundbarsten Stelle getroffen würde, wo sie zeigen mußte, ob hinter ihrem Gerede der Wille zum Kampf oder zur Täuschung der Arbeiter stand.

Die Antwort der SPD. oder besser ihr Verhalten hat nun unsere Taktik des Angebotes glänzend gerechtfertigt. Wir haben die SPD. gezwungen den Arbeitern zu zeigen, daß ihr ganzes Gerede vom Kampf gegen die monarchistische Gefahr, vom Kampf gegen Junker und Schwerindustrie nur eben Täuschung der Arbeiter ist. Ihr Führer Braun im Ministerium, als die SPD. hat den Arbeitern offen gezeigt, daß sie lieber eine Erweiterung der Regierung nach rechts vornimmt, als den Kampf um die Arbeiterforderungen gemeinsam mit der KPD. zu führen.

Genossen, das haben auch die Arbeiter in den Betrieben verstanden, leider einige unserer führenden Genossen noch nicht. Sie haben zwar keine besseren Vorschläge zur Loslösung der Arbeiter von der SPD. in der Frage der Preußenkrise gemacht, sie bekämpfen aber unsere Taktik und haben damit indirekt die SPD. in ihrem Bestreben, die Arbeiter zu täuschen, unterstützt.

Der Parteitag wird aber erkennen, daß hier keine Bündnispolitik vorlag, sondern daß hier vorlag, die beste bolschewistische Methode zur Loslösung der Arbeitermassen von der SPD. und Heranziehung der Massen für den revolutionären Kampf. Wir machen uns zum Vorwurf, daß wir nicht mit genügender Energie dieses Manöver in den Arbeitermassen vorbereitet haben, so daß schließlich der volle Erfolg dieses Manövers dadurch zum Teil verhindert worden ist, daß die Diskussion darüber in der eigenen Partei zu einer Zeit einsetzte, wo es darauf ankam, die stärksten Wirkungen damit auszulösen.

Auf die hypothetisch gestellte Frage, ob wir nicht, auch ohne jede Bedingung, durch Stimmenenthaltung einer Regierung das Leben ermöglichen wollten, ist es unzweckmäßig einzugehen, weil wir unsere Politik von der jeweiligen Situation abhängig machen müssen und von dem Grade, in dem es uns gelungen ist, draußen die Arbeitermassen für unsere Forderungen zu mobilisieren. Das sind die beiden entscheidenden Punkte und es läßt sich dafür kein für alle Zeit gültiges Rezept geben.

Genossen, die Opposition, die sich gegen unsere Politik geltend macht, bildet sich ein, sie hätte durch ihre Opposition diese Duldung der Regierung verhindert. Das ist aber ein Trugschluß dieser Genossen. Weil unser Erfolg eintrat, weil die SPD. offen bekannte: Lieber ein Bündnis mit den Deutschnationalen als mit den Kommunisten gemeinsam kämpfen, und weil die SPD. so handelte, wie wir voraussahen, deshalb kamen wir nicht dazu, eine solche Regierung zu dulden. Ich muß sagen, die ganze Opposition ist eine Opposition aus Angst und Besorgnis, daß bei dieser Taktik Entgleisungen vorkommen könnten. Wenn wir aber davon unsere Politik abhängig machen sollten, ob bei der ungenügenden bolschewistischen Durchbildung unserer Genossen im Reiche nicht auch schließlich Entgleisungen vorkommen können, dann müßten wir es aufgeben, Politik zu machen und Situationen zu schaffen, in denen das Proletariat die letzten Mittel zum Kampfe gegen die Bourgeoisie ergreift. Die Genossen der Opposition gehen deshalb von falschen Voraussetzungen aus, weil sie die Aufgaben der Kommunisten in solcher Situation wie der gegenwärtigen verkennen, die wir als nichtrevolutionäre bezeichnen, weil sich das Proletariat noch zu stark täuschen läßt, sei es von der Scheinstabilisierung oder von der SPD. In dieser Situation muß die stärkste Anwendung solcher Manöver verlangt werden. (Beifall!)

(Wir haben die Ausführungen des Genossen Pieck wortinhaltlich wörtlich nach dem Stenogramm wiedergegeben, um die frechen Fälschungen des „Vorwärts" nachzuweisen. Die Redaktion.)

Müller, Erzgebirge-Vogtland.

Zunächst, Genossen, gegenüber allen Neugierigen und auch gegenüber dem Genossen Meyer, der sich besonders für unseren Bezirk interessiert, möchte ich voranstellen, daß der Bezirk Erzgebirge-Vogtland geschlossen zur Politik der Zentrale und der Komintern steht. Wir unterstreichen das besonders auf diesem Parteitage, einem Jahr nach dem Frankfurter Parteitag, das zum Ergebnis hat, daß alle die Freunde des Genossen Meyer im Bezirk Erzgebirge-Vogtland, im wichtigsten Bezirk Brandlers, und im einstigen Bezirk Brandlers, erledigt sind und daß die Mitgliedschaft mit uns zusammen alle Anstrengungen macht, um die Ueberreste der alten Politik auszurotten. (Zuruf: Bravo!)

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen über die Ultralinken. Wir glauben als Delegation, daß man unter den Ultralinken zwei Gruppen unterscheiden muß. Es ist die eine Gruppe da, die nicht nur antibolschewistisch ist, sondern überzeugt antirussisch. Nach dieser ultralinken Gruppe gibt es zwei Arten von Menschewismus: in den großkapitalistischen Ländern den großbürgerlichen Menschewismus und in den halbkapitalistischen Ländern den kleinbürgerlichen, bäuerlichen Menschewismus. Die erste Abart wird repräsentiert durch die deutsche Sozialdemokratie, die zweite Abart, der kleinbürgerliche Menschewismus, wird repräsentiert durch die KPR. und Lenin. Das sprechen die Genossen offen und brutal aus und sie begehen (Zuruf: Wer?) diese Schändung, dafür als Rechtfertigung dieser Linken Rosa Luxemburg heranzuziehen, als sei sie es, die den Kapitalismus in den kapitalistisch entwickelten Ländern vertritt. Unsere Antwort solchen Leuten gegenüber (Zuruf Scholem: Wer ist denn das?) — das ist die Gruppe Voris und derjenigen, die mit ihm konspirieren — ist, daß gegen sie der Kampf mit allen Mitteln zulässig ist. Aber es ist noch eine andere Gruppe da, das ist die sogenannte linke Gruppe Scholem und Rosenberg. Dazu das Folgende: Unsere Delegation hat das Programm dieser Gruppe gestern das erstemal in den Ausführungen der Genossen Scholem und Rosenberg zu hören bekommen. Die Ablehnung unserer Delegation dieser politischen Plattform war einmütig. Ein Teil von Genossen ging so weit, daß er die Vorschläge, die die Zentrale dieser Gruppe gegenüber machte und über die ich weiter nicht sprechen kann, ablehnen wollte und vielleicht dagegen stimmen werden. Freilich, die Delegation ist auch der Meinung, daß man das getan hat. Es ist unsinnig unserer Meinung nach und lächerlich, die Genossen Scholem und Rosenberg in einen Topf zu werfen mit den Sozialdemokraten. Wir meinen auch, daß durch Zusammenarbeit mit diesen Genossen es möglich ist — wir wissen nicht, ob es auch stattfinden wird —, diese Gruppe theologisch zu überwinden, um so mehr, als sie erklärt hat, keine Fraktion bilden zu wollen. Das alles, Genossen, hindert uns aber nicht, auf die Gefährlichkeit der politischen Plattform, besonders auf die Ausführungen des Genossen Rosenberg, hinzuweisen. Was sagt Genosse Rosenberg? Er sagte, es wird angestrebt die Revision des 5. Weltkongresses. Weiß Rosenberg, was eine Revision des 5. Weltkongresses für den Bestand der Räterepublik bedeuten würde? (Zuruf Katz: Das hat er doch nur in bezug auf eine Sache gesagt!) Das kann man nur in bezug auf eine Sache sagen, denn wenn die Komintern eine Sache macht, so durchdenkt sie die Konsequenzen nach allen Seiten.

Und man kann den 5. Weltkongreß nicht in Deutschland verteidigen, ohne ihn nicht auch zu gleicher Zeit in Rußland zu verteidigen. Und das bedeutet den schärfsten Angriff auf den Bestand des ersten Arbeiter- und Bauernstaates. Es ist natürlich, daß wir das ablehnen, daß wir dagegen kämpfen werden. Natürlich ist es auch, daß die Delegation empört ist über solche Formulierungen und vielleicht in manchen Punkten den Vorschlägen der Zentrale nicht zustimmen wird. Ich sagte schon eingangs: unsere Stellung heiße nicht, daß wir die Politik oder die Fehler, die gemacht sind, verschweigen würden. Wir verschweigen nicht, daß wir die Thesen des Mai-Zentral-Ausschusses abgelehnt haben und glauben noch heute, daß wir es in dem einen Punkte, in dem wir sie ablehnten, mit Recht getan haben. Ich will nur 2 Stellen anführen, um unseren Standpunkt zu beweisen. In den Thesen heißt es:

„In einer Situation, wo unsere Partei das Zünglein an der Wage zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linksregierung bildet, ist es durchaus zulässig, und unter bestimmten Verhältnissen sogar geboten, eine solche Parlamentstaktik zu befolgen, daß wir der „Links"-Koalition gegen die Rechtskoalition die Existenz ermöglichen."

Und in einem weiteren Absatz wird diese Taktik als Unterstützungsangebot bezeichnet. In der Resolution der Exekutive, die sich mit diesen Dingen befaßt hat, lautet der entscheidende Absatz:

„Was eine eventuelle Regierung der republikanischen Koalition anbetrifft, die an Stelle der Regierung Luther treten kann, so erklären wir, ohne daß wir versprechen, sie